

# Karl Georg Zinn



## Die **Keynessche** Alternative

**Beiträge zur Keyneschen Stagnationstheorie,  
zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik  
und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik**

Karl Georg Zinn  
Die Keynesche Alternative

*Karl Georg Zinn* ist emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Karl Georg Zinn

## **Die Keynesische Alternative**

Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie,  
zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik  
und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik

VSA: Verlag Hamburg

**www.vsa-verlag.de**

*Für B.M.L.*

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-323-6

# Inhalt

Vorwort .....	9
---------------	---

## **I. Keynes war kein Wachstumsfetschist: Zum Defizit des Mainstream-Keynesianismus**

<b>1. Rezeptionslücke des Keynesianismus: Die Langfristperspektive der Keynesschen Ökonomik .....</b>	<b>13</b>
---	-----------

Von der Status quo-Prognose der Stagnation zur Vollbeschäftigungsprojektion .....	15
--	----

Die unbekannte Langfristperspektive der Keynesschen Theorie .....	16
---	----

Die gestutzte Keynes-Rezeption: Unkenntnis Gutwilliger, opportunistische Epigonen und ideologische Gegenrevolutionäre .....	19
--	----

Zu den theoretischen Konsequenzen der Stagnation und der systemi- schen Sprengkraft stagnationsbezogener Vollbeschäftigungspolitik .....	24
---	----

Fazit .....	32
-------------	----

<b>2. Keynes als Alternative(r)? .....</b>	<b>33</b>
--	-----------

Weder links noch rechts – oder sowohl als auch: Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence .....	33
--	----

Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie .....	35
--	----

Keynes' liberaler Sozialismus .....	37
-------------------------------------	----

Vollbeschäftigung muss hergestellt werden – der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet .....	39
---	----

Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems? .....	41
---	----

Zusammenfassung .....	43
-----------------------	----

<b>3. Wachstum und Wohlstand – Die Konjunktion ist obsolet</b> .....	44
Nullwachstum und stabile Verteilung wären sogar besser gewesen .....	44
Wieso ist es denn »paradox«, dass der Mensch von steigendem Einkommen keinen unbegrenzten Glückszuwachs erfährt? .....	45
Das Rad muss ab und zu doch neu erfunden werden, wenn sein Nutzen in Vergessenheit geriet .....	47
Reichtum wofür? – Unterschiede der Lebensqualität zwischen reichen kapitalistischen Volkswirtschaften .....	48

## **II. Kulturelle und moralische Dimensionen der Sozialökonomie**

<b>4. Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten? Zur Bedeutung interkultureller Unterschiede</b> .....	52
Das Erklärungsmodell .....	55
Exkurs: Vorrang des Beschäftigungsziels – Bewältigung des Rationalisierungsproblems in Schweden .....	67
Der direkte Zugriff auf die mentalen Grundlagen der Politik (des schwedischen Modells) .....	71
Zum Keynesianismus des schwedischen Modells .....	79
Anhang .....	82
<b>5. Bekenntnis und Begründung – Überlegungen zur (linken) Sozialethik</b> .....	87
Jenseits des politischen Umgangs mit moralischen Werturteilen: Ohne vernünftige Reflexion von Normen bleiben sie beliebig .....	87
Moral und die historische Erfahrung der Linken .....	90
Moralische Konvergenzen trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen ...	91
»Das Sein bestimmt das Bewusstsein« .....	93
Moral ist Kultur – nicht Natur .....	95
Exkurs: Das moralisch unbeschwerte Wirtschaftssubjekt der kapitalistischen Marktwirtschaft .....	99
Diskursethik – eine »logische« Begründung der Gleichheit .....	102

<b>6. Globaler Finanzkapitalismus: Spielregeln für Ganoven, kriminelle Spieler und korrumpierte Schiedsrichter</b> .....	107
Auch ein schlechtes Gewissen wird zum Ruhekissen – die Spielregelethik richtet’s .....	107
Peinliche Fragen zu stellen, ist auch eine Art, Rügen zu erteilen: Die Baseler BIZ liest (den Namenlosen) die Leviten .....	107
»Honi soit qui mal y pense«: Ein Krimineller wird zum Namenspatron des modernen Kasinokapitalismus .....	109
Die kapitalistische Evolution von der industriellen Mehrwertproduktion zu den finanzkapitalistischen Luftbuchungen .....	111
Staatsfonds – die wachstumsstarken Neulinge .....	112
Die Krokodilstränen löschen keinen Großbrand .....	114

### **III. Alter Kapitalismus im Neuen China? – Zum Ende des imperialen Westkapitalismus**

<b>7. Der Aufstieg des Sinokapitalismus – Historische Entwicklungsstufen lassen sich nicht überspringen</b> .....	116
Die eurozentristische Verblendung .....	118
Neue »Reichseinigung« und Wiederaufstieg unter Führung der chinesischen Kommunisten .....	119
Vorgaben für die Moderne: Innovation und technische Hochleistung im bürokratischen China .....	122
Sinokapitalismus – eine neue Art kapitalistischer Produktionsverhältnisse? .....	124
<b>8. »Staatssozialismus« und Reformpolitik im Alten China und ihr Scheitern an der Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«</b> .....	127
Historische Entwicklung und Reformfordernis .....	128
Epochen .....	129
Kontinuität .....	130
Chinas Konzentration auf sich selbst .....	130



Frühe Massengesellschaft, Hydrotechnik und Bürokratie .....	132
Agrarproduktion – Basis jeder vorindustriellen Gesellschaft .....	135
Ein herausragendes Beispiel für Wirtschafts- und Sozialreformen: das Interregnum des Wang Mang .....	137
Die Nachwirkungen Wang Mangs .....	143

**IV. »Ohne Herkunft keine Zukunft« –  
Zu historischen Aspekten der politischen Ökonomie**

<b>9. Mindert die Enthistorisierung der Nationalökonomie ihre Kompetenz zur Problemwahrnehmung und Problemlösung?</b> .....	144
Eine Mängelrüge zur Einleitung .....	144
»Keine Zukunft ohne Herkunft« .....	147
Exemplum demonstrationis: Wohlstand und Wirtschaftswachstum – der historische Wandel einer Korrelation .....	157
Resümee.....	164
<b>10. Heinrich Ludwig Lambert Gall – der unbekannte Frühkeynesianer des 19. Jahrhunderts</b> .....	165
Warum gerade Gall? .....	166
Moral und positive Ökonomik .....	168
Originalton Gall: einige sporadische Zitate .....	170
Zum Erkenntniswert von Mehrfachentdeckungen.....	173
<b>Literatur</b> .....	175
<b>Quellennachweise</b> .....	190

# Vorwort

Im Verlauf der vom Westen, insbesondere seitens der USA, betriebenen Globalisierungspolitik zeichnete sich ab, dass die hochentwickelten Volkswirtschaften des westlichen Kapitalismus ihre über ein halbes Jahrtausend währende Vormachtposition verlieren werden. Der Westkapitalismus wird vom »asiatischen« überrundet werden. Dies mag als historisches Paradoxon oder als dialektischer Prozess gesehen werden, da die Politik der Globalisierung dem Westkapitalismus temporär zum Vorteil gereicht. Denn die Globalisierung ergab sich als der Versuch der alten kapitalistischen Ökonomien, eine Antwort auf die in den 1970er Jahren einsetzende Wirtschaftskrise zu geben, deren langfristiger Charakter selbst gegenwärtig noch geleugnet wird. Die Dauerkrise eskalierte über die vergangenen dreißig Jahre und schuf die Voraussetzungen für den anstehenden Supergau der westkapitalistischen Volkswirtschaften. In der 38. Kalenderwoche des Jahres 2008 demonstrierte der Quasi-Zusammenbruch großer US-amerikanischer Banken, der nur durch ein auf 700 Milliarden US-Dollar beziffertes Rettungsprogramm der amerikanischen Regierung abgewendet wurde, der Weltöffentlichkeit, wie weit die wirtschaftliche und politische Zerrüttung der westlichen Hegemonialmacht bereits vorangeschritten ist. Die globale Ausdehnung des Kapitalismus – bekanntlich im »Kommunistischen Manifest« als ein quasi unvermeidlicher Vorgang beschrieben – verdeckte die inneren Wachstumsprobleme des Westkapitalismus teilweise und entschärfte sogar vorübergehend ihre Folgen. Doch dieser heikle Versuch der Problemlösung kann nicht von Dauer sein. Spätestens in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird eine grundlegende Revision der Wachstumsorientierung erforderlich werden. Vollbeschäftigung ohne Wachstum oder weitgehende Zerstörung des Massenwohlstands in einer eskalierenden Systemkrise lauten die Alternativen.

Die zehn in diesem Sammelband enthaltenen Aufsätze sind vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Konstellation zu sehen. Im ersten Teil geht es um das Auslaufmodell Wachstumsfetischismus und Keynes' Prognose hierzu. Auch Ökonomen sind Menschen, haben Vorlieben und Abneigungen und urteilen über die Welt nach moralischen Vorstellungen. Das moralische Anliegen eines Wissenschaftlers wird von der das Wertfreiheits-

postulat missverstehenden »positiven« Ökonomik als Privatsache abgelegt, aber dadurch bleibt eine wesentliche Komponente im jeweiligen Gesamtwerk eines Wissenschaftlers ausgeblendet. Es ist eben nicht gleichgültig, ob sich ein Milton Friedman über Massenarbeitslosigkeit mit der zynischen Formel von der »natural rate of unemployment« hinwegsetzt, sich als Wirtschaftsberater sogar einem Pinochet verdingt, oder ob ein John Maynard Keynes seine Theorie als Instrument für die Lösung des eben auch moralischen Problems der Arbeitslosigkeit angewandt sehen will. Keynes auch als »Moralphilosophen« zu begreifen, gehört daher unabdingbar zum Verständnis des Keynesianismus; und diese Dimension wird im Folgenden deutlich werden.

Die drei Aufsätze des zweiten Teils thematisieren kulturelle, insbesondere auch ethische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen. Am Beispiel Schwedens wird dargelegt, dass die Besonderheiten der »cultures of capitalism« mit der jeweiligen kollektiven Mentalität korrespondieren und sich daraus zumindest eine Teilerklärung der Unterschiede ergibt. Der folgende Aufsatz befasst sich mit einigen Aspekten des seit den 1980er Jahren wieder intensivierten Bemühens um eine Wirtschaftsethik und geht der Frage nach, wie die historische Linke ihre ethischen Werte begründen könnte. Der dritte Text des Themenkomplexes bringt eine Polemik zum inzwischen zunehmend kriminellen Kasinokapitalismus, insbesondere des globalisierten Finanzkapitals, dessen über Jahre hinweg gefeierte und geförderte pathogene Exzesse, wie erwähnt, die Weltwirtschaft an den Abgrund gedrängt haben.

Die beiden China gewidmeten Arbeiten des dritten Teils scheinen auf den ersten Blick aus dem thematischen Rahmen dieses Sammelbandes zu fallen, aber China wird in zwei bis drei Generationen an die Stelle der westkapitalistischen Vormacht treten. Der Ausblick auf die längerfristige Entwicklung des globalen Kapitalismus und seine möglichen Modifikationen muss daher den chinesischen Kapitalismus ins Zentrum rücken. Dass China eine lange staatswirtschaftliche Tradition aufweist, dass es zumindest während des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung über eine cum grano salis recht kompetente und für Innovationen aufgeschlossene Bürokratie verfügte, dürfte inzwischen bekannt sein.

Hingegen wird dabei meist nicht wahrgenommen, dass in der alten chinesischen Staatsphilosophie auch sozialistisches Gedankengut enthalten war und dass das chinesische Volk – so die Einschätzung Eric Hobsbawms – als das revolutionärste Kollektiv der Weltgeschichte gelten darf. Am Beispiel der Reformpolitik des »sozialistischen« Kaisers Wang Mang, der zu Christi Lebzeiten regierte, wird die weit in die chinesische Geschichte zu-

rück reichende »sozialistische« Komponente an einem Einzelbeispiel verdeutlicht.

Der vierte Teil thematisiert das Erfordernis, das geschichtliche Werden in die ökonomische Analyse einzubeziehen und ist um die Kritik an der ahistorischen »politischen Ökonomik« der Gegenwart zentriert. Im Zusammenhang mit der historischen Sicht auf die politische Ökonomie wurde ein Beitrag über den lange Zeit völlig vergessenen deutschen »Frühkeynesianer« Ludwig Gall aufgenommen, um an diesem Autor zu zeigen, dass wesentliche Kerngedanken der Keynes'schen Theorie bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgetaucht waren, was bedeutet, dass der damalige Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse bereits so weit fortgeschritten war, dass ein von der etablierten bürgerlichen Ökonomie noch nicht benehelter Kopf die Realität in »Keynes'scher« Perspektive zu sehen vermochte. Allerdings wurden die Originalität und Bedeutung Galls weder zu seinen Lebzeiten noch in späteren Jahrzehnten von der Wirtschaftswissenschaft erkannt und diskutiert.

Von den zehn Aufsätzen sind fünf bereits früher erschienen. Sie werden in diesem Band in überarbeiteter Fassung veröffentlicht. Bei den anderen fünf Texten handelt es sich um Erstveröffentlichungen. Einige Zitate, Argumentationen und Sachverhaltsdarstellungen kehren in verschiedenen Aufsätzen wieder, stehen dann aber in jeweils anderem Zusammenhang. Diese leichte Redundanz erscheint daher vertretbar, zumal ständige Querverweise zwischen den verschiedenen Texten den Lektürefluss erheblich stören würden.

Im September 2008

## 2. Keynes als Alternative(r)?

*»Denn unser ökonomisches System gestattet uns tatsächlich nicht, den höchsten Stand ökonomischer Wohlfahrt zu erreichen, der durch den Fortschritt unserer Technik ermöglicht wird, sondern bleibt weit dahinter zurück und lässt in uns das Empfinden aufkommen, dass wir den Ertrag besser hätten verwenden können.«*

*John Maynard Keynes: Nationale Selbstgenügsamkeit (1933).  
In: Mattfeld 1985, 152-161, hier: 159.*

### **Weder links noch rechts – oder sowohl als auch: Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence**

Inwiefern ist Keynes bzw. die Keynesische Theorie als Alternative zu anderen wirtschaftspolitischen und theoretischen Position zu verstehen? Zeitdiagnostisch liegt es auf der Hand, dass es um eine Alternative zum (Neo-) Liberalismus geht. Doch Keynes kann auch als Alternative zur Marxschen Kapitalismusanalyse gelten, und in diesem Sinn wurde der Keynesianismus zumindest in der Vergangenheit von marxistischen Positionen aus heftig kritisiert. Der Hauptvorwurf lief darauf hinaus, dass Keynesische Beschäftigungspolitik die Krise des Kapitalismus in einem Maße abschwächte, dass der Zusammenbruch des Systems wenn nicht abgewehrt, so doch erheblich verzögert würde. Immerhin steckte in dieser Kritik das Zugeständnis an Keynes, dass seine therapeutischen Mittel für den angeblich todkranken Kapitalismus wirken. Seinerseits nahm Keynes gegenüber dem Marxismus kein Blatt vor den Mund. Seine negative Einschätzung des Marxismus mag auch auf Vorurteil begründet gewesen sein, denn er hat sich nie zu einer eingehenden Marx-Lektüre verstanden, aber Keynes' Marx-Aversion sollte nicht als eine prinzipiell antisozialistische Haltung missdeutet werden, wie noch näher begründet wird.

Die linke Kritik an Keynes als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« ist heute kaum noch relevant. Umso heftiger wird der Keynesianismus von rechts, d.h. von wirtschaftsliberalistischen Positionen aus, bekämpft, und dem originären Keynesianismus wird vorgeworfen, auf dem Weg massiven Staatsinterventionismus dem Sozialismus das Einfallstor zu öffnen, ja für manche Keynes-Kritiker gehört Keynes ohnehin ins sozialistische Lager. Jedenfalls richtete sich die neoliberalistische Gegenrevolution, die an der Universität Chicago seit den 1950er Jahren von Milton Friedman vorbereitet wurde und deren ideelle Fundierung Friedrich August von Hayek und »seine« Mont Pèlerin Society lieferten (Walpen 2004) gegen Keynes und

die »gemischte Wirtschaftsordnung« (mixed economy) – und nicht gegen irgendwelche marxistischen Schulen (Klein 2007, 80ff.). Mit Berufung auf die klassischen Ökonomen meinte L. Albert Hahn, einer der zentralen Autoren des frühen Neoliberalismus, Keynes nicht nur vorwerfen zu dürfen, er folge illusionären Ideen, sondern Keynes' Ideen seien insgesamt eine »Wirtschaftstheorie der Illusion« (Hahn 1949). Immer wieder wurde dem Keynesianismus bis heute vorgehalten, beschäftigungspolitisch allenfalls ein kurzes Strohfeuer zu entzünden, aber damit eine dauerhafte Inflationierung zu provozieren, an deren Ende der Zusammenbruch der Währung stünde. Es war Milton Friedman, der die »langfristige« Phillipskurve erfand, um mit dieser Fiktion die empirisch zweifelsfrei bestätigte Gegenläufigkeit von Inflation und Arbeitslosenquote zu attackieren. Dieser als Phillips-Kurve bekannte trade-off hatte den Bundeskanzler Helmut Schmidt zu der dann viel gescholtenen Äußerung bewogen, dass ihn 5% Inflation weniger schmerzten als 5% Arbeitslosigkeit. Eingedenk der historischen Inflationsschrecken des deutschen Volkes verfängt der Inflationsvorwurf an die Adresse Keynes' in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Er dient als Allzweckwaffe der wirtschaftsliberalistischen Anti-Interventionisten und wurde schon während der Großen Depression der 1930er Jahre gegen staatliche Nachfragepolitik mobilisiert (Zinn 2006e, 205ff.). Der übermächtige Einfluss der Deutschen Bundesbank bei der Konstruktion der Europäischen Zentralbank führte zu der auf die Stabilisierung des Preisniveaus beschränkten Aufgabenstellung des jeglicher demokratischer Kontrolle entzogenen Instituts, was sich immer wieder in einer zentralbankpolitischen Schiefelage zulasten von Beschäftigung und Wachstum niederschlug.

Beim Thema »Keynes als Alternative(r)« kommt selbstverständlich zuerst die landläufig als »Keynesianismus« bekannte, vom Neoliberalismus vehement bekämpfte, antizyklische Defizitpolitik ins Bewusstsein. Doch dies ist eine bei weitem zu enge Sicht. Denn gerade für die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus haben jene Überlegungen von Keynes vorrangige Bedeutung, die im Kontext seiner Langfristprognose zu sinkenden Wachstumsraten und zum Übergang in eine Stagnation entwickelt wurden; Überlegungen, die auch heute noch wenig bekannt sind, wie im ersten Aufsatz dieses Sammelbandes ausführlicher dargelegt wird. In ersten Andeutungen und Spuren lässt sich Keynes Perspektive der langfristigen Entwicklung des Kapitalismus bereits in frühen Schriften aus den 1920er Jahren erkennen. Keynes als »Alternative« zum heutigen Mainstream vorzustellen, sollte sich daher nicht auf die Wiedergabe der einschlägigen Arbeiten des Keynes der »General Theory and after« beschränken. Im Folgenden wird daher auch auf die relativ frühe Kritik Keynes' am orthodoxen

Wirtschaftsliberalismus verwiesen und daran gezeigt, dass Keynes in seiner Grundeinstellung, und zwar sowohl als Theoretiker als auch als »Moralphilosoph«, schon lange vor dem, was dann später die »Keynesische Revolution« genannt wurde, zu den »progressiven« Denkern der Politischen Ökonomie gehörte.

### **Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie**

Die neoliberale Keynes-Kritik ist so alt wie der Neoliberalismus.<sup>26</sup> Seine Ursprünge sind auf den Anfang der 1930er Jahre zu datieren. Der Neoliberalismus entstand als Reaktion auf den katastrophalen Ansehensverlust des Wirtschaftsliberalismus infolge der Großen Depression (Ptak 2004; Walpen 2004), und die damaligen Keynes-Gegner haben die bis heute gegen Keynes geltend gemachten Einwände in wesentlichen Punkten bereits vorweg genommen. Die frühen Angriffe des orthodoxen Wirtschaftsliberalismus gegen Keynes konnten nicht überraschen, denn Keynes hatte sich bereits in den 1920er Jahren, also vor dem weltwirtschaftlichen Zusammenbruch 1929, äußerst kritisch gegen die wirtschaftsliberalistischen Politikkonzepte, d.h. gegen die Laissez-faire-Einstellung, gewandt. Unter anderem umriss Keynes in dem 1926 veröffentlichten Aufsatz »Das Ende des Laissez-faire« (Keynes 1926a) die Vulgarisierung des staatsphilosophischen Individualismus des 17. Jahrhunderts zur »Religion der Nationalökonomien!« des 19. Jahrhunderts (Keynes 1936, 104): »Das Dogma (der harmonischen Wirkung des Laissez-faire-Systems; KGZ) hatte den Erziehungsapparat erobert; es war zu einer Fibelweisheit geworden« (ebenda). Für Keynes stellte das Laissez-faire-Dogma nur noch einen naiven Kinderglauben mit bösen sozialökonomischen Folgen dar:

*»Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zufolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugrasen, und der beste Weg dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zulässt, dass die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern« (Keynes 1926a, zitiert nach Mattfeldt 1985, 106).*

Der quasi-religiöse Glaube an die harmonische Heilswirkung des Laissez-faire ist Metaphysik – keine Wissenschaft. Wer, wie Keynes, dagegen argumentiert und dies auch noch im polemischen Tonfall zu tun wagt, gehört als Ketzler auf den Scheiterhaufen. Heute werden die Kritiker der hei-

---

<sup>26</sup> Vgl. zusammenfassend und repräsentativ für die neoliberale Keynes-Kritik Hahn 1949.

lig gehaltenen Orthodoxie in den demokratischen Staaten zwar nicht mehr verbrannt, aber ihre Lehre zu verketzern und ihnen den Weg auf einen Lehrstuhl fast unmöglich zu machen, ist durchaus gang und gäbe (Heise 2007). Keynes war sich bewusst, dass er sich mit seinem vor mehr als acht Jahrzehnten publizierten Text »in die Höhle des schlafenden Ungeheuers gewagt« hatte (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 110). Das heute wieder spukende »Ungeheuer«, die orthodoxe Wirtschaftslehre des Kapitalismus, verübelt dem respektlosen »Linksabweichler« Keynes seine souveräne Kritik an der neoliberalen Metaphysik umso mehr, als ihm die Geschichte immer wieder Recht gegeben hat. Es ist jedoch naiv zu meinen, der gegenwärtige »Erfolg« der neoliberalistischen Lehre verdanke sich auch nur vorwiegend ihrer wissenschaftlichen Überzeugungskraft oder gar empirischer Bestätigung ihrer Heilsversprechen. Ökonomische Theorien sind das Material, aus dem Ideologien gezimmert werden, und Ideologien sind an Interessen gebundene Weltdeutungen. Je nach Interessenlage der Machträger wird die passende Ideologie selektiert. Wer über die Macht verfügt, und das heißt heute vor allem über die finanziellen Mittel, dominiert nicht nur die Massenmedien, sondern kanalisiert auf subtilere Weise auch das Denken und das Bewusstsein – nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch weiter Teile der käuflichen Intelligenz. Die Funktion von Krisen, die von der orthodoxen Ökonomik schon immer als »Reinigungsprozesse« und »schöpferische Zerstörung« (J.A. Schumpeter) beschönigt wurden, bedarf einer revidierten Interpretation: Die Krisen sind zwar zutreffend als zwangsläufige Folge der kapitalistischen Entwicklung zu erklären, aber die Krise bereitet nicht den Weg in den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern schafft die Voraussetzungen, um Volkswirtschaft, Gesellschaft und Staat in den neuen, privatkapitalistischen Feudalismus zu transformieren.<sup>27</sup> Die Keynesische Konzeption eines sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus hatte sich bewährt, und gerade gegen die daraus erwachsene historische Überzeugungskraft musste der Neoliberalismus – genauer: die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen – alle legalen und illegalen Mittel einsetzen, um die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Ost-West-Konflikt katalysierte wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsrichtung abzubrechen. Der Keynesianismus instrumentalisiert den Kapitalismus zugunsten sozialstaatlicher Verhältnisse, zugunsten der Vollbeschäftigung und verschafft damit den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen Verhandlungsstärke und Durchsetzungsmacht für ihre Belange. Eine ungebrochene Fortsetzung dieser Entwicklung hätte durchaus Voraussetzungen für eine allmähliche Ablösung des Kapitalis-

---

<sup>27</sup> Vgl. hierzu u.a. die materialreiche Darstellung von Klein 2007.



mus durch eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation schaffen können. Es überrascht deshalb nicht, dass der neue Kapitalismus der transnationalen Konzerne und der Finanzagenten jenem Prozess einer sukzessiven Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch keynesianisch inspirierte Sozialstaatlichkeit entgegentrat und dem Sozialstaat sowie dem Keynesianismus den Krieg erklärte.

### **Keynes' liberaler Sozialismus**

Hier kann nicht ausführlicher auf den für das kritische Denken von Keynes so aufschlussreichen Text zum »Ende des Laissez-faire« von 1926 eingegangen werden, aber er signalisierte bereits die spätere Fundamentalkritik an der wirtschaftsliberalen Orthodoxie und ihrer wissenschaftlichen Unaufrichtigkeit beim Umgang mit den realen Produktionsverhältnissen. Die ideologische Meinung überlagert die wissenschaftliche Einsicht. Keynes bemerkte hierzu:

*»Überdies sind viele von ihnen (den orthodoxen Nationalökonomern; KGZ), auch wenn sie einsehen, dass ihre vereinfachte Hypothese den Tatsachen nicht genau entspricht, der Meinung, sie stelle jedenfalls den »natürlichen« und darum idealen Zustand dar. Sie betrachten die vereinfachte Hypothese als das Gesunde und die weiteren Komplikationen als Krankheitserscheinungen« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 107).*

Wie erwähnt, kann Keynes nicht als Anti-Sozialist charakterisiert werden. Vielmehr zeigen seine Wertvorstellungen – etwa in Verteilungsfragen, in Bezug auf staatliche Beschäftigungssicherung, bezüglich der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch »halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln« (ebenda, 113) – hohe Affinität zu sozialistischen Vorstellungen im weiten Sinn:

*»Ich tadele den doktrinären Staatssozialismus nicht deshalb, weil er die altruistischen Triebe des Menschen in den Dienst der Gesellschaft stellen will, oder weil er sich von dem laissez-faire abwendet, oder weil er dem Menschen die Freiheit nimmt, eine Million zu verdienen, oder weil er den Mut zu kühnen Experimenten aufbringt. Alle diese Dinge kann ich nur gut heißen. Ich tadele ihn, weil er die Bedeutung der aktuellen Ereignisse verkennt, weil er in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als das verstaubte Überbleibsel eines Plans, der auf die Lösung der Probleme vor fünfzig Jahren zugeschnitten war, und sich auf einem Missverständnis dessen aufbaut, was jemand vor hundert Jahren gesagt hatte« (ebenda).*

Man mag das als Bekenntnis zu sozialistischen Wertvorstellungen interpretieren oder auch nur als die Position eines toleranten Sozialliberalen; in

jedem Fall zeigt sich, dass Keynes schon in frühen Jahren, noch ehe er als *der* Nationalökonom des 20. Jahrhunderts anerkannt wurde, von der orthodoxen Schule als gefährlicher Opponent wahrgenommen werden musste. Und daran hat sich bis heute nichts geändert; im Gegenteil bedeutet der Keynesianismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die stärkste wirtschaftstheoretische und ideologische Bedrohung für die neoliberale Gegenreformation. Große (Wirtschafts-)Krisen zu verhindern, wofür die Keynesische Theorie sachgerechte Mittel bereitstellt, scheint nicht im Interesse der ökonomischen Machelite des heutigen Kapitalismus zu liegen, da sie darauf vertrauen kann, dass staatliche Hilfen (einschließlich zentralbankpolitischer) die Krisenfolgen soweit abfangen, dass eine ökonomische Krise nicht zur Systemkrise ausufert. Die Krisen der vergangenen 20 bis 30 Jahre haben weltweit gezeigt, dass sie »notwendig« waren, um die Politik des Kapitals durchzusetzen: Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung sowie Militarisierung, Repression und Überwachung. Menschenrechte und Demokratie sind nicht nur gefährdet, sondern wurden im Interesse der globalen Strategie des Kapitals vielerorts außer Kraft gesetzt. Der Keynesianismus ist deshalb weit mehr als eine wirtschaftstheoretische Gegenposition zum Neoliberalismus; er ist die demokratische Alternative zur folter- und schießwütigen Inquisition des gegenwärtigen Kapitalismus, zum praktizierten »Pinochetismus« der Kapitalstrategie der Gegenwart.

Es würde hier zu weit führen, auf Keynes durchaus differenzierte Beurteilung der Vorteile und der Fehler seiner sozialistischen Zeitgenossen einzugehen, aber es würde sich zeigen, dass Keynes' Urteilskraft, sein analytisches Gespür, seine prognostische Fähigkeit, die selbst gestellten Fallen und das Versagen dogmatisch verfestigter Positionen vorausschauend einschätzen zu können, sich auch im Fall des Marxismus-Leninismus bewährte; so wie es sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus bewährt(e) und wie sich Keynes' Verdammungsurteil über die nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich auferlegten Reparationslasten und seine Vorhersage über deren verheerende politische Folgen als zutreffend erwiesen.

Das »Sozialistische« im Keyneschen Denken kann vor allem in seiner Aufwertung der wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit, der sozial- und beschäftigungspolitisch regulierenden Intervention, gesehen werden. Auch die später ausgearbeitete »Allgemeine Theorie« schockiert(e) die Liberalisten vor allem wegen des Staatsinterventionismus, den Keynes bis zur »Sozialisierung« der Investitionstätigkeit vorantreiben wollte, wie er im Schlusskapitel der »Allgemeinen Theorie« ausführte (Keynes 1936). In der zitierten Schrift von 1926 formuliert Keynes seine auch später vertretende Grundposition wie folgt:

*»Die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, dass er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern dass er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 113).*

Auch ein zweiter zentraler Grundgedanke des Keynesischen Systems findet sich bereits in den Ausführungen von 1926, nämlich die Frage, in welchem Umfang das Sparen volkswirtschaftlich sinnvoll ist und wie die Ersparnisse im Interesse der Gesellschaft verwandt werden sollten:

*»Ich glaube, dass wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen; ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt. Ich glaube, man sollte diese Dinge nicht ganz und gar dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinns überlassen, wie es heutzutage der Fall ist« (ebenda, 114).*

### **Vollbeschäftigung muss hergestellt werden – der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet**

Auf eine Kurzformel gebracht lässt sich die beschäftigungspolitische Empfehlung von Keynes auf die Forderung bringen: Sorge für hinreichende Nachfrage durch makroökonomische Steuerung und überlasse die Allokation im Einzelnen den Marktprozessen!

Nicht der Mangel an Produktionsfähigkeit, an Unzulänglichkeiten der Angebotsseite verhindert Vollbeschäftigung, sondern hoch entwickelte, reife kapitalistischen Ökonomien leiden unter einer Diskrepanz zwischen Produktionspotential und auslastender Nachfrage. Für Keynes stand fest, dass dieses Problem einer »deflatorischen Lücke« nur durch staatliche Intervention gelöst werden kann.

Ich verzichte hier darauf, die Keynesische Theorie genauer darzulegen, zumal allgemein bekannt sein dürfte, dass es ihm um den Nachweis ging, dass mit steigendem Durchschnittseinkommen einerseits die Ersparnisse in der Regel sogar überproportional steigen, dass andererseits die freiwillige Investition die auf Vollbeschäftigungsniveau anfallende Ersparnis nicht mehr absorbiert. Als Folge kommt es zur Kontraktion und dem von Keynes als »Unterbeschäftigungsgleichgewicht« bezeichneten Dauerzustand. Nachfragepolitik ist also nicht nur als Kompensationsmaßnahme gegen konjunktu-

relle Schwankungen geboten, sondern – je nach Lage – ein ständiges Erfordernis, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Soviel zum herkömmlichen, allgemein verbreiteten Verständnis des »Keynesianismus«.

Es ist offenkundig, dass Keynes zwar nachfragepolitisch gefördertes Wachstum befürwortete, aber die wesentliche Einschränkung machte, dass dies nur solange Sinn hätte, als damit noch merkliche Wohlstandssteigerungen zu erreichen sind. Auf längere Sicht hielt er hingegen die Stagnation für unausweichlich und damit auch eine Umorientierung weg vom Wachstum hin zu kürzeren Arbeitszeiten. Dass es sich um Alternativen zu den gegenwärtig vorherrschenden Auffassungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft handelt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Keynesische Langfristprognose widerlegt aber auch die ökologischen Keynes-Kritiker, die ihm aus Unkenntnis seines Gesamtwerks vorwerfen, keynesianische Beschäftigungspolitik laufe auch nur auf Wachstumsfetischismus hinaus. Das Gegenteil trifft zu. Keynes' Erklärung der endogenen, d.h. aus dem langfristigen Wachstum selbst heraus entstehenden Wachstumsabschwächung lässt sich bruchlos mit dem ökologischen Nachhaltigkeitspostulat vereinbaren. Mehr noch, endogen entstehende Stagnation spielt der als »Suffizienz« bezeichneten, spezifischen Nachhaltigkeitskonzeption eines »Genug« zu, die sowohl als »technische« Lösung für das gegenwärtige, globale Verteilungsproblem (vgl. Winterfeld, 2007) als auch als moralphilosophisches Postulat im Sinne der Verantwortung für die kommenden Generationen (vgl. Guggenberger 2007, 361ff.) zu sehen ist.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Keynes' Langfristprognose die Situation von heute überhaupt noch zutreffend abbildet. Zutreffend war/ist seine Vorhersage sinkender Wachstumsraten und der damit einhergehenden Massenarbeitslosigkeit, sofern eben nicht sachgerechte Gegenmaßnahmen erfolgen. Sachgerecht im Sinne Keynes' wäre das rechtzeitige Umsteuern auf Nachfragepolitik gewesen, also zu Beginn der 1980er Jahre. Das Gegenteil wurde bekanntlich getan. Insofern hat aus Keynesischer Sicht die praktizierte Wirtschaftspolitik nicht nur versäumt, das Richtige zu tun, sondern die krisenhafte Entwicklung wurde durch die einseitige Angebotspolitik noch verschärft. Selbst wenn die Regierungen der OECD-Länder bereit wären, innerhalb kurzer Zeit der Keynesischen Konzeption zu folgen, so ließen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen. Die infolge der Massenarbeitslosigkeit verlorene Wertschöpfung, die durch Arbeitslosigkeit zerstörten Lebensläufe, die somatischen und psychischen Belastungen und Erkrankungen, die soziale Armut, die aus Arbeitslosigkeit häufig folgt – alle diese Vergehen gegen die Menschenrechte sind irreversible Fakten. Doch für die Zukunft könnte die Keynesische Rezeptur hel-

fen, das Beschäftigungsproblem zu lösen und damit auch die Vielzahl von Folgeproblemen der Massenarbeitslosigkeit zu überwinden.

Dass es trotz Globalisierung und trotz der wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der meisten Regierungen der OECD-Länder zur Zeit noch möglich ist, dass einige Länder annähernd Vollbeschäftigung erreichen und ein hohes Sozialstaatsniveau bewahren, zeigen die skandinavischen Volkswirtschaften, insbesondere das schwedische Modell.<sup>28</sup> Sie liefern den schlagenden Beweis für die Machbarkeit von Vollbeschäftigung und Sozialstaatlichkeit. Das ist mehr als nur ein Dorn im Auge der Neoliberalen und ihrer politischen Marionettenspieler. Es lag und liegt in der Logik der neoliberalistischen Strategie, das skandinavische Modell ideologisch zu desavouieren und nach Wegen zu suchen, es in eine große Krise zu manövrieren, um es für den marktradikalen Ein- und Durchmarsch kapitulationsreif zu machen. Wie bereits ausgeführt wurde, geht es in der Auseinandersetzung über die »richtige« Wirtschaftspolitik allenfalls rhetorisch um Vernunft, Humanität und Wahrheit, tatsächlich findet aber ein brutaler Machtkampf statt. Die quasi wirtschaftswissenschaftliche Debatte könnte also auch als raffiniertes Ablenkungsmanöver verstanden werden, das der Öffentlichkeit und auch den gutgläubigen Politikern, von denen es wahrscheinlich doch mehr gibt, als die Politikverdrossenen vermuten, nur vorgaukelt, man kämpfe um die »richtigen« Einsichten. Darum geht es den globalen Machthabern von heute doch gar nicht. Sie wollen die Welt nach ihrem Gusto umgestalten und dazu dienen die diversen »Strukturanpassungsprogramme« aus den neoliberalen Denkfabriken und Politikagenturen.

### **Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems?**

Keynes war mehr als ein genialer Wirtschaftswissenschaftler. Sein Blick ging spätestens seit den 1920er Jahren über den historischen Rand der traditionellen Knappheitsökonomie hinaus. Wie frühere Autoren – so berühmte wie Hegel, Marx, aber auch Schopenhauer und unbekannte wie der in diesem Band aus der Vergessenheit gehobene Ludwig Gall<sup>29</sup> – erwartete Keynes vom technischen Fortschritt die Freiheit von mühseliger Arbeit, von der Angst ums Überleben und die Möglichkeit, allen Menschen den Zugang zu den kulturellen Werten und zur Entfaltung ihres genetischen Potentials als

---

<sup>28</sup> Vgl. »Warum sind die Schweden die besseren Sozialdemokraten?« in diesem Band.

<sup>29</sup> Vgl. »Heinrich Ludwig Lambert Gall – der unbekannte Frühkeynesianer des 19. Jahrhunderts« in diesem Band.

Vernunftwesen zu verschaffen. Die »Herrschaft des Geldes« über das Leben, die Keynes als eine unwürdige, ja ekelhafte historische Notwendigkeit betrachtete, werde das menschliche Schicksal nicht auf ewig bestimmen. Keynes knüpft an empirische Befunde an, wenn er meint, dass die »Geldsucht« und das »Geldmotiv« keineswegs so durchgängig positiv beurteilt werden, wie das die wirtschaftsliberalistischen Ökonomen und die von der Geldgier getriebenen und profitierenden Zeitgenossen meinen propagieren zu können. Keynes' Aversion gegen die traditionelle »Liebe zum Geld« scheint an etlichen Stellen seines Gesamtwerks auf. Hier sei dazu abschließend eine einschlägige Passage aus dem bereits zitierten frühen Text von 1926 in ganzer Länge wiedergegeben:

*»... ich möchte Sie daran erinnern, dass die heftigsten Kämpfe und die am tiefsten empfundenen Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Jahren nicht um technische Fragen entbrennen werden, bei denen die Argumente auf beiden Seiten fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur sind, sondern um Fragen, die wir mangels eines besseren Ausdrucks als psychologische, oder vielleicht gar als moralische, bezeichnen können.*

*In Europa, mindestens in einigen Teilen von Europa – in den Vereinigten Staaten von Amerika verhält es sich, glaube ich, anders – hat sich eine ziemlich verbreitete latente Reaktion dagegen geltend gemacht, die Gesellschaft in dem ausgedehnten Maße, wie sie es heute tut, auf die Pflege, Unterstützung und den Schutz der Geldsucht der Einzelnen aufzubauen. Die Tatsache, dass wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten, braucht nicht ganz aprioristisch zu sein, sondern kann sich aus dem Vergleich von Erfahrungen ableiten. Bei den einzelnen Menschen spielt je nach Wahl ihres Berufs das Geldmotiv eine große oder eine kleine Rolle, und Historiker können uns von anderen Phasen der Gesellschaftsorganisation berichten, in denen dieses Motiv eine viel geringere Rolle gespielt hat als heute. Die meisten Religionen und Philosophien verachten, um es milde auszudrücken, eine Lebensweise, die sich lediglich von Erwägungen persönlichen Geldgewinns leiten lässt. Andererseits lehnen die meisten Menschen heutzutage asketische Ideen ab und sind sich über die tatsächlichen Vorteile des Reichtums völlig klar. Es erscheint ihnen überdies ganz selbstverständlich, dass man ohne das Geldmotiv nicht auskommt, und sie finden, dass es – abgesehen von einigen zugestandenen Missbräuchen – seine Aufgabe recht gut erfüllt. Folglich beschäftigt sich der Durchschnittsmensch nicht weiter mit dem Problem und hat über das, was er eigentlich denkt und fühlt, noch über diese verflixte Materie im Ganzen, irgendeine klare Vorstellung« (Keynes 1926a/Mattfeldt 1985, 115).*

Die »Unklarheiten«, von denen Keynes spricht, verhindern, so meint er weiter, dass vernünftige Reformen zustande kommen und zwar auch solche, die durchaus im Interesse eines besser funktionierenden Kapitalismus lägen. Allerdings ist Keynes auch offen für Entwicklungen, die über den Kapitalismus hinaus weisen:

*»Immerhin mag eine Zeit kommen«, führt er weiter aus, »wo wir uns über die Dinge klarer sein werden als heute, wo wir darüber reden, ob der Kapitalismus eine gute oder eine schlechte Technik, und ob er an sich wünschenswert oder abzulehnen ist. Ich für meinen Teil bin der Ansicht, dass ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verletzen« (ebenda, 116).*

Was unter einem »klug geleiteten Kapitalismus« zu verstehen ist, darüber gehen die Ansichten gewiss auseinander, aber aus Keynesscher Sicht gibt es die eindeutige Antwort, dass die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und der »Rheinische Kapitalismus« der alten Bundesrepublik Deutschland, kurz: die gemischten Wirtschaftsordnungen, jenem »Klugheitsgebot« weitaus besser genügen als die des neoliberalistisch inspirierten neuen Laissez-faire.

## **Zusammenfassung**

Das Fragezeichen am Ende der Themenformulierung, so lässt sich jetzt feststellen, könnte entfallen. Keynes ist ein Alternativer und bietet eine Alternative zum heutigen Mainstream der Wirtschaftswissenschaft. Seine Theorie gibt uns eine Anweisung, wie hochentwickelte, reiche kapitalistische Volkswirtschaften sowohl Vollbeschäftigung erreichen können als auch die durch den technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten eines freieren, insbesondere sozial angstfreien Daseins zu realisieren wären und dass hierin große Potenziale für den gesellschaftlichen Wohlstand enthalten sind.

Keynes lehnte zwar den Marxismus ab und bekannte sich zu einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Doch weder stand er feindlich zu sozialistischen Ideen noch gehörte er zu den vehementen Verteidigern eines auf ewigen Bestand zielenden Kapitalismus. Vielmehr plädierte er für eine vernünftige Diskussion, wie ökonomische Effizienz mit den Werten eines menschenwürdigen Daseins vereinbart werden können. Keynes steht damit in der guten Tradition der Moderne – jener Tradition der Aufklärung, aus der Sozialismus und Liberalismus erwachsen.

Wir sollten aber unsere naive Hoffnung aufgeben, die wahren Machthaber der heutigen Welt seien überhaupt an Krisenfreiheit, an Vollbeschäftigung, Sozialstaat und demokratischen Verhältnissen, die immer auch mehr oder weniger sperrig für kapitalistischen Radikalismus waren und sein werden, interessiert und ließen sich durch vernünftige Argumente überzeugen. Die Kontroverse zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus ist insofern nur ein Nebenkriegsschauplatz – und das nicht nur im übertragenen Sinn.

### **3. Wachstum und Wohlstand – Die Konjunktion ist obsolet**

Im Frühjahr 2008 wurde die deutsche Öffentlichkeit darüber informiert, dass bei den Arbeitnehmern von dem realen Wachstum, das während des jüngsten Konjunkturaufschwungs insgesamt 7% betrug, nicht nur nichts angekommen ist, sondern dass ein Reallohnverlust von 3,5% eintrat. Wem kamen jene sieben Prozent reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts wohl zugute? Offenbar kehren nun auch in Deutschland amerikanische Verhältnisse ein. In den USA werden die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts schon seit langem völlig einseitig verteilt. Die breite Masse der Lohnarbeiter ging leer aus, aber die Spitzenverdiener erlebten von Jahr zu Jahr beachtliche Einkommenssteigerungen. Aus einer jüngeren Untersuchung geht hervor, dass die Beschäftigten im US-amerikanischen Finanzsektor besonders begünstigt sind. Gerade jene Branche, die die allseits bekannten Probleme der Finanzmärkte zu verantworten hat, verschaffte sich das dickste Stück vom gesamtwirtschaftlichen Kuchen (Sum et al. 2008).

#### **Nullwachstum und stabile Verteilung wären sogar besser gewesen**

Es ist eine ganz neue Qualität von Wachstum, wenn es *vornehmlich* denjenigen zugute kommt, die der konkreten Wertschöpfung relativ fern stehen. Diese bisher für die Bundesrepublik beispiellose Konstellation – gesamtwirtschaftliches Wachstum verbunden mit abnehmenden Reallohnen<sup>30</sup> – fand in den sonst auf Skandale so erpichten Medien keineswegs die der schlimmen Sache angemessene Auseinandersetzung, und schon gar nicht wurde die doch ganz nahe liegende Frage diskutiert, wozu denn Wachstum überhaupt (noch) gut ist, wenn die Arbeitnehmereinkommen dabei real abnehmen. Wenn Wachstum vorwiegend nur noch einer kleiner werdenden Oberklasse zugute kommt, womit sich ja die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft ganz unverblümt darstellt, dann wird es schwieriger, dem absurden Wachs-

---

<sup>30</sup> Detaillierte Analyse hierzu: Horn et al. 2008.



## **Sinokapitalismus – eine neue Art kapitalistischer Produktionsverhältnisse?**

Eine hohe Hürde, die bei dem Versuch, China zu verstehen, genommen werden muss, errichten Ethnozentrismus und Chronozentrismus. Die Befangenheit in der eigenen Kultur und deren Politischer Ökonomie sowie die historische Blickverengung auf die eigene (Lebens)Zeit lassen sich nicht abschütteln. Allenfalls mag es gelingen, sie zu relativieren, indem man sich ihrer bewusst wird und sich sozusagen um geschichtliche und kulturell-ethnologische Empathie bemüht. Deshalb fällt es schwer, die kapitalistische Entwicklung in China in ihren Erfolgen und üblen Begleiterscheinungen ohne die europäischen Maßstäbe und Vorurteile zu sehen.

Die hoffnungsvollen Versuche, den Gang der Geschichte abzukürzen und aus vorkapitalistischen Verhältnissen direkt zum Sozialismus, gar Kommunismus zu gelangen, sind gescheitert. Wie immer Marx und Engels theoretische Begründung der Notwendigkeit, eine kapitalistische Entwicklungsstufe durchlaufen zu müssen, eingeschätzt wird, erhielt sie von der Wirklichkeit das Gütesiegel empirischer Bestätigung. Der Aufbau des Sozialismus in einem Land, der sich mit einer arg dürftigen Umdeutung der klaren Aussagen der »Deutschen Ideologie« zur Unabwendbarkeit eines global flächendeckenden Kapitalismus zu begründen versuchte, ist misslungen. Selbst in der bevölkerungsstarken und einer autonomen Entwicklung folgenden VR China der Mao-Ära gelang kein »Großer Sprung« über den Kapitalismus hinweg in die sozialistische Zukunft. Seit 1978 erlebt die staunende Welt einen »chinesischen Kapitalismus«, der das Land innerhalb von drei Jahrzehnten in die Position katapultierte, mit seinen angesammelten Devisenreserven das westkapitalistische, also das amerikanisch-europäische Finanzsystem ggf. in die Knie zu zwingen. Der »chinesische Kapitalismus« könnte in Analogie zu dem (zu früh) abgebrochenen Versuch der Leninschen »Neuen Ökonomischen Politik« gesehen werden, d.h. als Instrumentalisierung des konkurrenzkapitalistischen Mechanismus, um die – gerade von Marx herausgestellte – historische Funktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu nutzen, nämlich Akkumulation, Innovation und damit Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Das geht dann aber nicht, ohne sich nass zu machen: Kapitalismus ohne Ausbeutung, Ungleichheit, Konzentration, grenzüberschreitende Expansion etc. wäre kein Kapitalismus. Doch es gilt zu differenzieren im Hinblick auf das notwendige und politisch geduldete Ausmaß an Inhumanität der Verhältnisse, und damit verbietet sich auch die pauschale Beurteilung, dass jedweder Kapitalismus gleichermaßen »schlecht« und gleichermaßen menschenverachtend sei. Um beim Beispiel des »chinesischen Kapitalismus« zu verweilen: Inner-

halb von drei Jahrzehnten wurde der materielle Lebensstandard von etwa zwei Fünfteln der chinesischen Bevölkerung, also von 400 Millionen Menschen, erheblich gesteigert. Das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums blieb also nicht auf eine kleine Zahl Superreicher konzentriert. Es gibt gegenwärtig keine plausiblen Gründe für die Befürchtung, dass nicht weitere Bevölkerungskreise in den Aufstiegsprozess einbezogen werden, sodass in zehn Jahren 500 Millionen, in 20 Jahren 600 Millionen oder gar noch mehr Bürgerinnen und Bürger der VR von der Wirtschaftsentwicklung des Landes profitieren.

Wenn hier von »chinesischem Kapitalismus« gesprochen wird, so verweist das auf Unterschiede innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sich aus den kulturellen Verschiedenheiten der Kontinente, Weltregionen, aber selbst zwischen geographisch und kulturgeschichtlich eng benachbarten Gesellschaften ergeben. Zu den kulturellen Eigenarten gehören insbesondere auch die geistig-moralischen Grundeinstellungen einer Gesellschaft, die lange historische Zeiträume benötigen, um sich tiefgreifend zu verändern. Die Lebensverhältnisse der Menschen im Kapitalismus unterscheiden sich markant je nachdem, ob es sich um einen wohlfahrtsstaatlich gemilderten oder einen krassen Ausbeutungskapitalismus handelt. In einer plakativen Formulierung sei daher zwischen »weichem Kapitalismus« und »hartem Kapitalismus« unterschieden. Per se ist er hart, und seine Aufweichung ergab sich aus den relativen, keineswegs irreversiblen Erfolgen der dem Kapital unterworfenen Menschen in der Klassenauseinandersetzung. Doch dass es überhaupt gelang, unter kapitalistischen Verhältnissen sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Ideen materiell wirksam werden zu lassen, zeugt sowohl von der Plastizität des Kapitalismus als auch den Erfolgsmöglichkeiten einer gegenüber kapitalistischen Interessen nonkonformen Politik. Demokratische Staatsverfassungen plus einer ihrer demokratischen Rechte bewussten und diese reformpolitisch nutzenden Gesellschaft ermöglichen prinzipiell, durch Mehrheitsentscheidungen relativ weitgehende Reformen zu verwirklichen. Wenn die Empörung über die Ungerechtigkeit der Verhältnisse und der Leidensdruck der Massen hinreichen würden, revolutionäres, also illegales Handeln zu provozieren, so stünde auch der legale Weg offen, durch demokratische Mehrheitsentscheidung radikale Reformpolitik durchzusetzen: sozusagen radikale Schritte statt Revolution. Die empirische Tatsache, dass aber überhaupt Alternativen im Sinn des weichen und harten Kapitalismus möglich wurden, bedeutet, dass verschiedene Optionen bestehen. Welche Version kapitalistischer Verhältnisse die besseren Realisierungsaussichten in der Zukunft haben wird, entscheidet sich jedenfalls nicht im Westen, sondern in Asien. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalis-

mus oder richtiger: Regelmäßigkeiten, denn es handelt sich nicht um Naturgesetze – determinieren zwar den möglichen Spielraum, in dem sich die kapitalistischen Sozialökonomien entfalten, aber die jeweilige konkrete Ausprägung wird eben auch von kulturellen Vorgaben und den spontan auftretenden Einflussfaktoren geprägt. Die Kontingenz ist begrenzt auf die Breite eines »historischen Korridors«. Die Richtung und das Ausmaß des Korridors lassen sich relativ zuverlässig prognostizieren. Ob der Entwicklungspfad weiter links zu einem weichen Kapitalismus oder weiter rechts zum harten Kapitalismus führt, hängt – jedenfalls in Demokratien – von Wahlentscheidungen ab. Eine geschlossen auftretende Linke, deren Programmatik sowohl emotional als auch kognitiv i.S. rational durchdachter Realisierbarkeit glaub- und vertrauenswürdig ist, kann den Kapitalismus legal verändern; abschaffen wird/muss er sich selber. Zur Verdeutlichung sei auf die Gesetzmäßigkeit des strukturellen Wandels von der Industrie- zur Dienstleistung verwiesen, der alle entwickelten Länder unterliegen. Ob es jedoch zu einer »Domestikenökonomie«, also vorwiegend zu prekären, schlecht bezahlten und technologisch gehaltlosen, qualifikationsarmen Dienstleistungsjobs kommt (à la USA), oder ob hochwertige, ordentlich entgeltene Dienstleistungen expandieren (à la Schweden), wird von der Politik bestimmt; es gibt eben rechte und linke Versionen innerhalb des Korridors.

Eine Gesellschaft, deren Regierung den Kapitalismus sozusagen ins Land holt, wie dies die Kommunistische Partei Chinas getan hat, erlebt eine Anfangsphase kapitalistischen Wirtschaftens, die als »Kapitalismus in ... (dem betreffenden Land)« bezeichnet werden kann. Doch im Unterschied zur nachkolonialistischen bzw. imperialistischen Unterwerfung von Ländern durch den Westkapitalismus, der auf Eingliederung und Homogenisierung der Unterworfenen gerichtet ist, erfährt der »Kapitalismus in einem Land« eine kulturspezifische Veränderung hin zum Kapitalismus des Landes; der »Kapitalismus in China« mutiert zum »chinesischen Kapitalismus«, und der künftige Sinokapitalismus wird sich noch deutlicher vom Westkapitalismus abheben, als heute bereits sichtbar ist. Die inzwischen zumindest in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchliche Rede von den »cultures of capitalism« bringt solche kulturellen/mentalenen Unterschiede zwischen Ländern mit kapitalistischem Wirtschaftssystem auf den Begriff. Die Lebenssituation der Menschen und die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden sich ganz wesentlich, je nachdem welche kulturell bedingten Modifikationen zwischen der Anfangsphase des »Kapitalismus in einem Land« und eines sich herausbildenden landesspezifischen Kapitalismus sich entwickeln. Die Deutungen, die das kapitalistische China auf dem Weg zum westlichen Kapitalismus sehen, verkennen

die kulturspezifischen Kräfte und unterstellen undifferenziert ein universales Kapitalismusmodell. Die ethnozentristischen und chronozentristischen Deutungsmuster, die in der jeweiligen eigenen Kultur und der historischen Gegenwart gefangen sind, lassen sich selbstverständlich nicht einfach abstreifen, als sei es nur eine Sache des guten Willens. Jedoch ist es für die Beurteilung der Zukunft des Kapitalismus auf der Erde und das heißt vor allem außerhalb des amerikanisch-europäischen Kapitalismus wenigstens hilfreich, sich diese Blickverengung durch Ethnozentrismus und Chronozentrismus bewusst zu machen.

## **8. »Staatssozialismus« und Reformpolitik im Alten China und ihr Scheitern an der Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«**

Über einen Mangel an Informationen über China lässt sich nicht klagen. Der China-Boom zeigt sich in einer kaum noch überschaubaren Zahl von Publikationen, und die Massenmedien berichten kontinuierlich über das Land. Der Öffentlichkeit werden sporadisch auch Einblicke in die chinesische Geschichte vermittelt, wobei vor allem die frühen technischen »Wunderwerke« des Alten China die Aufmerksamkeit anziehen.

Doch weit weniger Beachtung findet die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes, und über die die chinesische Staats- und Gesellschaftsphilosophie herrschen in der Öffentlichkeit allenfalls recht oberflächliche Vorstellungen, die mit der eher missverständlichen Bezeichnung »Konfuzianismus« – ein von den in China erfolglosen Missionaren der Societas Jesu geprägter Begriff – versehen sind. Jedenfalls fehlt im Westen das Wissen über die frühen Versuche, die chinesische Gesellschaft fundamental zu reformieren und eine Art Wohlfahrtsstaat, ja sogar ein quasi-sozialistisches System zu installieren. Es handelt sich hierbei nicht um rein punktuelle Vorgänge, sondern es kann von einer progressiven Grundtendenz, die Jahrtausende überdauerte, gesprochen werden. Sie vermochte im kaiserlichen China zwar nie einen durchschlagenden Erfolg gegen die Klassenherrschaft der chinesischen »Gentry«<sup>57</sup> zu erringen, aber es gibt wohl in keiner ande-

---

<sup>57</sup> In der sinologischen Literatur des Westens wird der aus der britischen Geschichtsschreibung übernommene Begriff »Gentry« für die Koalition der reichen chinesischen Kaufleute und Großgrundbesitzer mit der konservativen (Mehrheits)Fraktion der chinesischen Beamtschaft benutzt; eine Koalition, die durch familiäre Verbindungen, den Nepotismus und allfällige Korruption gestützt wurde, dessen wesentliches Bindungsinteresse aber in der Herrschaftssicherung lag. Hierbei ist zu vergegenwärtigen, dass die chinesischen Kaiser faktisch eher Repräsentationsfiguren waren – mit bedeutenden